

Zusammenfassung der Ergebnisse der Jugendbefragung für die Europäische Kommission

Hintergrund der Jugendlichen

Es nahmen sieben Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren teil. Davon waren drei Mädchen und vier Jungen, sechs kamen aus Nordrhein-Westfalen und einer aus Thüringen. Sie alle sind Mitglieder in Kinder- und Jugendparlamenten und damit beteiligungserfahren. Die Jugendlichen wurden in zwei Runden Ende August/ Anfang September 2020 online (per Zoom) befragt.

Ergebnisse

Generell sind die Jugendlichen zufrieden mit der Beachtung der Probleme von Kindern und Jugendlichen durch Politiker*innen. Kinder- und Jugendparlamente, aber auch Schülervvertretungen seien hierfür geeignete Kanäle. Allerdings kritisierten die Jugendlichen, dass sie oft erst spät in Entscheidungsprozesse eingebunden würden und dass es schwer sei, eigene Anliegen an Politiker*innen heranzutragen. Ältere Jugendliche wiesen zudem darauf hin, dass es zwar viele Möglichkeiten zum Austausch mit Politiker*innen gebe, die Perspektive der jungen Menschen aber letztlich nicht berücksichtigt würde. Außerdem würden sie zu wenig zu „Zukunftsthemen“, wie z.B. Nahverkehr, gehört.

Die Jugendlichen berichteten vor allem von Möglichkeiten für Beteiligung auf kommunaler Ebene, mit denen sie insgesamt eher zufrieden sind. Auf kommunaler Ebene sind die Beteiligungsstrukturen aus Sicht der meisten Kinder bereits recht gut verankert. Außerdem sei die Kommunikation innerhalb des Gremiums einfacher, da man geografisch näher beieinander sei und sich kenne. Sie merkten allerdings an, dass es nicht in allen Kommunen Kinder- und Jugendparlamente gebe. Ihrer Meinung nach sollten in allen Kommunen Kinder- und Jugendparlamente etabliert werden sowie schlagkräftige Dachorganisation auf Landesebene. Diese würden helfen, sich auszutauschen und voneinander zu lernen (z.B. durch Weitergabe von Checklisten, Anleitungen). Auf höheren Ebenen (z.B. Land, Bund) werde es dagegen zunehmend schwieriger, sich einzubringen.

Beteiligung auf EU-Ebene

Bezüglich der Frage, ob Kinder und Jugendliche bei der EU Gehör finden, fielen die Antworten recht unterschiedlich aus. Während einige Jugendliche angaben, dass sich die EU-Institutionen z.B. durch Jugendkonferenzen oder um die Kinderrechte in Europa kümmerten, waren andere der Meinung, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen vorrangig über die Mitgliedstaaten bei der EU Gehör fänden. Auch EU-Studien, Gespräche mit EU-Parlamentarier*innen oder von der EU geförderte NGOs wurden als Wege genannt, auf denen Jugendliche in die EU-Politik einbezogen werden. Auch die EU-Kinderrechtstrategie wurde genannt, was womöglich auf die Information im Vorfeld der Befragung zurückzuführen ist. Insgesamt schien die Befragung im Rahmen der EU-Studie den Eindruck bei den Jugendlichen zu verstärken, dass Kinder und Jugendliche von der EU gehört werden.

Erfolgsfaktoren für Beteiligungsprojekte

Die Jugendlichen konnten verschiedene Beteiligungsprozesse und -aktionen nennen, in denen junge Menschen die verantwortlichen Akteure waren. Erfolgsfaktoren dabei waren:

- Motivation und Engagement der beteiligten Jugendlichen – diese entstehe vor allem durch das Gefühl, konkret etwas bewegen zu können
- Kontakt zu Entscheidungsträger*innen
- Finanzielle Unterstützung durch Programme und Förderfonds
- Unterstützung durch externe Partner, z.B. kommunale Angestellte, Stiftungen und Vereine, Medien
- Klare Verantwortlichkeiten innerhalb der verantwortlichen Jugendgruppe
- Erlaubnis, städtische Räume für Treffen zu nutzen
- Gute Atmosphäre im Projekt: Man verbringe Zeit mit Freunden und engagiere sich („Beteiligung muss Spaß machen.“)

Herausforderungen und Kritik

Herausforderungen bei der Umsetzung eines Beteiligungsprojekts stellten dabei folgende Punkte dar:

- Skepsis von Seiten der öffentlichen Verwaltung und Politiker*innen bzw. das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden
- Nachlassende Begeisterung bei manchen Jugendlichen, teilweise aus Mangel an Ausdauer, teilweise, da sie viele andere Aufgaben im Alltag hätten
- Umsetzung der Projekte ruht letzten Endes auf den Schultern einiger weniger
- Zu lange Prozesse führen dazu, dass Jugendliche das Interesse an einem Projekt verlieren bzw. aus Jugendgremien „herauswachsen“
- Mangelnde fachliche Kenntnisse, z.B. juristisches Wissen, um Statute zu erarbeiten.

Ein zentraler Kritikpunkt der Jugendlichen bezog sich zudem auf die Diversität der Kinder- und Jugendparlamente. Die Jugendlichen reflektierten an dieser Stelle verschiedene Benachteiligungen. Sie gaben an, dass die Kinder- und Jugendparlamente zwar allen jungen Menschen offen stünden, die Gruppen aber meist sehr homogen seien und oft hauptsächlich aus „Abiturienten“ bestünden. Nur ein Jugendlicher schätzte sein Kinder- und Jugendparlament als divers genug ein. Dies liege insbesondere daran, dass die Gremien zu wenig bekannt seien. Dies schließe einige Kinder und Jugendliche aus. „Rhetorisch schwächere“ Jugendliche, die z.B. zu Hause kein Deutsch sprächen, seien außerdem benachteiligt, da sie sich nicht in gleicher Weise einbringen könnten. Sie sprachen sich daher dafür aus, in der Öffentlichkeit stärker für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie ihre Gremien zu werben. Auch an Schulen solle, beispielsweise in Form von Seminaren, über Beteiligungsrechte aufgeklärt und für Beteiligungsgremien geworben werden. Existierende Maßnahmen, die die Teilnahme unterrepräsentierter Jugendlichen aktiv fördern, waren keinem Jugendlichen bekannt, auch wenn sie diese begrüßen würden.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Kinder- und Jugendbeteiligung

Covid-19 hatte große Auswirkungen auf die Prozesse der Kinder- und Jugendbeteiligung. Es seien viele Prozesse verlangsamt oder verschoben worden. Dies habe unter anderem an den mangelnden digitalen Kompetenzen der Verantwortlichen gelegen.

Darüber hinaus war es schwieriger, mit Politiker*innen, der öffentlichen Verwaltung und Kooperationspartnern in Kontakt zu kommen. Sitzungen wurden zur Eindämmung der Pandemie vermehrt unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten bzw. zu Zeiten, die für Jugendliche ungünstig sind. So wurde es schwieriger für die Jugendlichen, Informationen zu bekommen. Die Jugendlichen kritisierten, dass Beteiligung junger Menschen in den Kommunen keine Priorität war.

Die Jugendlichen kritisierten auch, dass die Perspektive der Jugendlichen keine Rolle bei der Entscheidungsfindung in Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen an Schulen spielte und erst recht nicht auf Landes- oder Bundesebene. Auf diesen Ebenen habe es keinerlei Beteiligung junger Menschen gegeben und ihre Interessen seien, wenn überhaupt, in geringem Umfang beachtet worden. So die jungen Menschen während der Pandemie beteiligt wurden, fand dies online oder schriftlich statt.

Konsequenzen aus der Covid-19-Pandemie für Kinder- und Jugendbeteiligung

Kinder- und Jugendparlamente müssten sich auch künftig online treffen (per Videokonferenz) und kommunizieren können. Hierzu müssten Konzepte und Leitlinien erarbeitet werden. Zudem seien Telefongespräche und Chatkommunikation wichtig, um sich austauschen zu können. Aus Sicht der Jugendlichen sollte es immer einen Plan B geben.